



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

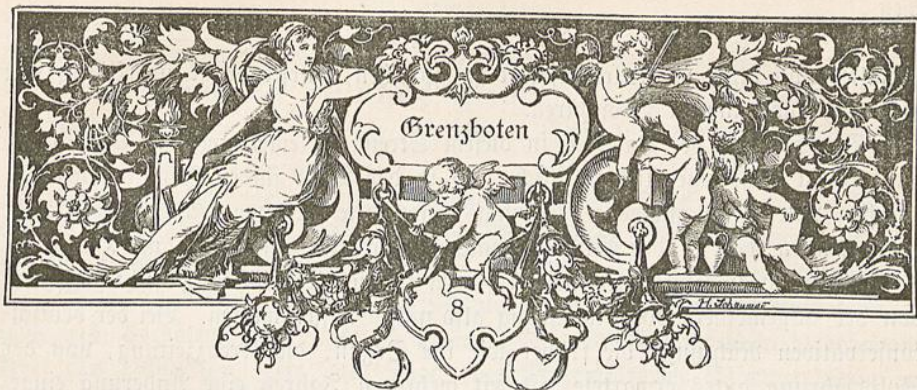
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zur Währungsfrage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zur Währungsfrage.



ie Währungsfrage, speziell die Frage, ob wir in Deutschland die beabsichtigte und im wesentlichen beendigte Goldwährungsreform zu Ende führen oder zur allgemeinen Doppelwährung hinsteuern sollen, setzt noch immer manche Feder und manche Zunge in Bewegung. Diese Frage wird keinem als leicht erscheinen, der bemerkt hat, daß äußerst gelehrte und erfahrene Männer, wie Ad. Wagner, A. Schäffle, W. Leyis, auf die Seite der Doppelwährung übergetreten sind, und daß viele ebenso tüchtige Männer aus allen politischen Parteien sich eifrig der Goldwährung zuneigen. Es könnte für eine erfreuliche Sache gelten, daß fortwährend so viele Broschüren erscheinen, die das Problem vor dem Publikum erörtern. Aber dieser Gewinn ist doch fraglich. Denn wenn man so von allen Seiten in die Leute hineinruft, so entsteht zwar ein verstärkter Schall, aber die Verständlichkeit des Rufes nimmt dadurch nicht immer zu, und sie setzt in diesem Falle so viel Kritik und Wissen voraus, daß doch von einer wachsenden Verständigung nicht mit Zuversicht gesprochen werden kann. So viel wir sehen, ist es unter diesen Umständen das beste, vorläufig keinen gewaltsamen Schritt zu thun, um neue Bahnen zu wandeln, sondern bei dem, was wir haben, zu bleiben. Wir können diese realpolitische Betrachtung der Münzpolitik freilich nur dann mit gutem Gewissen verfolgen, wenn wir uns auch über die beiden andern Arten, wie man diese schwierige Materie behandelt hat, etwas orientiren, wir meinen die kritisch-retrospektive und die doktrinaire Art der Betrachtung. Aber die eigentliche Aufgabe wird doch in einer Zeitschrift, die nicht Fachzeitschrift ist, sein, zu fragen: Was kann und soll geschehen? läßt sich in der Währungsfrage eine Stelle entdecken, wo wir Reformen nötig haben, die nicht bloß ausführbar sind, sondern auch unzweifelhaft dem Vaterlande bleibenden Nutzen schaffen? Darüber ver-

fändlich und ohne Parteileidenschaft zu sprechen, dürfte nicht überflüssig sein trotz aller vorhandenen Broschüren.

Die Stellung der Parteien in diesem Streite ist eigentümlich. Die Streit-sache ist ja nicht eigentlich politisch, und in der That finden sich in allen politischen Parteien verschiedene Währungsstandpunkte vertreten. Aber das ist nicht zu verkennen, daß in der Währungssache die Liberalen und die gute Hälfte der Freikonservativen konservativ sind, insofern sie die Goldwährung nicht aufgeben, von der allgemeinen Doppelwährung also nichts wissen wollen. Bei der deutsch-konservativen Richtung, die früher wie ihr Organ, die Kreuzzeitung, von der Goldwährung gutes erwartete, ist seit mehreren Jahren eine Änderung eingetreten. Und das ist nicht zu verwundern. Denn wir haben alle seit 1873 bei der Durchführung der Münzreform vieles erlebt, was kaum jemand vermutet hatte, und das Erlebte war so bedeutend, daß eine Abschwenkung von der Goldwährung durchaus nicht auffallend sein kann. Wir hatten uns getäuscht über die Menge unsrer alten Silbermünzen. Als Bamberger richtig sagte, die Hauptsache sei: „Wo hin mit dem Silber?“ wollte man diese Verlegenheit nicht so hoch anschlagen. Und doch sieht man seit 1879 diese Verlegenheit überall ein, besonders bei der deutschen Reichsbank. Sodann glaubte kaum jemand den Worten Augspurgs, der eine großartige Entwertung des Silbers vorausverkündigte und vorsichtige, kaufmännische Behandlung des Umtausches empfahl, um diese Entwertung in möglichst enge Grenzen einzuschließen. Andre fügen hinzu, daß man sich auch getäuscht habe über die große Menge des Goldes, die in der Welt vorhanden und bereit sei, das Silber zu ersetzen. Auch darin liegt eine Wahrheit. Während die Produktion des Silbers noch immer wächst (sie ist von 280 Millionen Mark im Jahre 1873 auf 350 Millionen Mark im Jahre 1884 gestiegen), ist die Goldproduktion von 1873 bis 1884 von 478 Millionen Mark auf 400 Millionen herabgegangen. Das erinnert an eine andre Enttäuschung. Um das Jahr 1869 nämlich war der Wunsch nach Goldwährung in der Regel mit dem Wunsche einer allgemein anerkannten goldnen Weltmünze verbunden, die man bald nach dem Grammgewichte, bald im Anschluß an das Pfund Sterling, bald als 25-Franksstück, bald im Anschluß an das 20-Dollarstück unter teilweise eigens erfundenen Namen (wie Pasa) feierte. Man glaubte, daß sich selbst bei allgemeiner Goldwährung das Gold wohl in genügender Menge finden würde. Das ist auch vorbei. Man will nicht gerade leugnen, daß noch das eine oder andre Volk genug Material für eine einzuführende Goldwährung auf dem Markte finden werde, aber nicht alle Kulturvölker des Westens.

Wenn man solche Dinge erlebt hat, wird man irre an der Weisheit aller Münzpolitiker und bekennet, daß die ganze Frage die größte Vorsicht erfordert. Eine Frage, die bloße Zweckmäßigkeit und genau genommen zukünftige Zweckmäßigkeit im Auge hat, ist absolut kein Gegenstand sicherer Berechnung und kein Gegenstand theoretischer Doktrin. Versucht hat man es wohl, die Doppelwährung

doctrinär zu begründen, Wolowski und Cernuschi sind Beispiele dafür. Über Cernuschis Versuch, der das Motto verwirklichen sollte: *La science d'abord, les intérêts ensuite*, ist auch die befreundete Seite still hinweggegangen. Die Sache ist eben nicht so einfach.

Die Enttäuschungen sind aber damit noch lange nicht aufgezählt. Selbst ein großer Völkervertrag, der 1865 zur Befestigung der Doppelwährung geschlossen wurde, die „Lateinische Münzunion“ zwischen Frankreich, Belgien, Italien, der Schweiz (und Griechenland), hat sich nicht bewährt. Dieser Bund hat Jahre lang das Verhältnis von $15\frac{1}{2} : 1$ zwischen Gold und Silber aufrecht gehalten. Aber als 1869 kam, war man schon, der Majorität der Stimmen nach, in Frankreich für die Preisgebung der Doppelwährung und die Einführung der reinen Goldwährung. Der Krieg von 1870 zwang Frankreich vorerst, bei der Doppelwährung zu bleiben. Derselbe Krieg zwang Deutschland, in seinem Münzsystem eine Einheit herzustellen, die schon lange als Bedürfnis empfunden worden war. Diese Einheit suchte man von vornherein nicht in der bisherigen Silberwährung zu verwirklichen, sondern in der Goldwährung, für die man in der erkämpften Kriegsbeute das Material zu gewinnen hoffte.

Man mag sagen, was man will, die Idee war ganz richtig. Wir müssen dem Bundesrate und dem Reichstage dankbar sein, daß sie die Zeichen der Zeit so erkannten und den Vorsprung, den uns der Krieg brachte, so benutzten. Mögen auch Fehler in der Durchführung der kolossalen Aufgabe gemacht worden sein, wir sind jetzt trotz aller Hemmnisse doch besser gestellt als die Glieder der lateinischen Münzunion.

Über eben diese Union und ihre Schicksale haben wir jetzt eine größere Schrift von L. Bamberger (Berlin, Simion). Wie sehr auch Bamberger die Rede in der Gewalt hat, auch er überwindet nicht völlig die Schwierigkeiten seines Themas, man sieht, daß die Sache selbst diese Schwierigkeiten in sich trägt. Er beweist wohl, daß das Verhältnis zwischen Gold- und Silberwert für alle Zeit festzustellen, wenigstens bei freier Privatprägung, sogar über die vereinten Kräfte so vieler Staaten hinausgeht. Er beweist, daß nicht erst politische Differenzen eine solche Münzunion stören können, sondern schon wirtschaftliche Verlegenheiten, wie denn die in Italien notwendig gewordene Papierwährung in der That in die vereinbarten Artikel dauernde Verwirrung gebracht hat. Als man vor Jahren bemerkte, daß der Weltmarkt sich von den festgesetzten $15\frac{1}{2}$ nicht bestimmen ließ, als man Deutschland sich seines Silbers entledigen und das Silber auch dadurch noch tiefer sinken sah, da stellte man die Silberprägung ein und faßte die Möglichkeit einer Auflösung der lateinischen Münzunion ins Auge. Wie viele Enttäuschung hatte man auch auf dieser Seite erlebt! Wie verwirrt waren die Ansichten über die Maßregeln, die man bei der etwaigen Auflösung und Liquidation zu treffen habe, was z. B. zur Ausgleichung der Fünffrankenstücke zwischen den einzelnen Landesprägeanstalten u. zu thun

sei! Es fand sich eine Liquidationsformel, der sich zuletzt auch Belgien angeschlossen hat. Aus allem geht hervor, daß die Union das Vertrauen zur Doppelwährung, das heißt zu ihrer Durchführbarkeit in den gegenwärtigen Grenzen, verloren hat.

Aber für die wissenschaftliche Doktrin ist durch solche Beweisführung nicht viel gewonnen. Die ist nicht leicht zu überzeugen. Das Geld für eine bloße Waare zu halten, auf deren Preisfixirung der Staat keinen Einfluß üben dürfe und schließlich nicht könne, dazu bequemt sich die Doktrin nicht leicht. Und in der That läßt sich mit W. Lexis gegen diesen allgemeinen Satz viel einwenden und behaupten, daß ein gehörig erweiterter Doppelwährungsbund, ein universaler Bimetallismus, wenn er zustande käme, wohl die Kraft hätte, für absehbare Zeit das Wertverhältnis von Gold zu Silber festzuhalten, falls nicht radikale Umwälzungen in den Produktionsverhältnissen der beiden Metalle eintreten. Auch der für Goldwährung agitirende Professor Soetbeer erkennt diese Möglichkeit an (Neuwirth, Der Kampf um die Währung, S. 70). Die wirtschaftlichen Gesetze haben zwar Macht, aber keine Allmacht. Wir sind sehr oft in der Lage, durch soziale Gesetze, auch durch Strafen, gewisse natürliche und psychologische Gesetze abzuändern; auch das Gesetz von Angebot und Nachfrage wird von allerlei andern Gesetzen, z. B. im Kaufhandel, durchkreuzt.

Aber wenn auch doktrinär diese Möglichkeit nicht zu bezweifeln ist, realpolitisch ist nichts damit zu machen. Denn die Anstrengungen der energischen und talentvollen Männer, einen solchen Welt Doppelwährungsbund zustande zu bringen, sind ganz vergeblich gewesen. Nicht einmal die ersten Prinzipien eines solchen Unternehmens sind klar. Alle bedauern die Silberentwertung, aber keiner weiß Rat. Und seit England deutlich erklärt hat, es werde seine Goldwährung nicht aufgeben, obwohl auch in England bimetalistische Neigungen sich stark regen, ist für den Staatsmann das ganze Projekt ins Bodenlose gefallen. Englands Handelsstellung ist so außerordentlich bedeutsam, daß ohne England kein Bimetallismusbund einen hinreichenden Druck auf die Edelmetallpreise ausüben kann. Darum ist es ganz unpraktisch, wenn bis vor kurzem Cernuschi, Arendt und andre auch ohne England die allgemeine Doppelwährung für ausführbar und wirksam genug hielten. Ob sie noch heute so denken, nachdem der lateinische Münzbund sich gewissermaßen für bankrott erklärt hat, wissen wir freilich nicht.

Auch ein andrer Punkt ist mit Unrecht in Bambergers Schrift über die lateinische Münzunion als gegen jede Münzunion sprechend aufgefaßt worden. Die genannte Union hatte sich ja nicht auf die Währungsfrage beschränkt, sondern auch die Gold- und Courantfilbermünzen gleich gemacht und ihnen Freizügigkeit gewährt. Die Mehrzahl der jetzt erst zu Tage getretenen Schwierigkeiten in der Union sind denn auch aus dem Einwandern der fremden Münzen entsprungen. Sie können also nicht vollgiltig beweisen gegen eine allgemeine Doppelwährung, die sich von der Gleichmachung der verschiednen Landesmünzen

frei hält, sondern sich, wie Soetbeer will, streng auf die Währungsfrage beschränkt.

Wenn nun auch Bambergers Kritik des so großartig gedachten lateinischen Münzbundes nicht alles trifft, was für einen universellen Doppelwährungsbund gesagt werden kann, so ist, wie gesagt, doch für jeden praktischen Mann dieser Bund ohne England ganz unannehmbar. Und wie jede pessimistische Stimmung dem praktischen Kopfe fern bleiben soll, so ist auch aus der pessimistischen Verbitterung der Doppelwährungsführer, die sie besonders seit einigen Jahren an den Tag legen, etwas zu lernen. Dahin gehört auch die Hoffnung, die Vereinigten Staaten möchten die bekannte Blandbill, welche gebietet, monatlich wenigstens zwei Millionen Dollars in Silber zu prägen, und welche dadurch den tiefsten Absturz des Silberwertes verhindert hat, demnächst aufheben. Das Elend der Silberentwertung soll so extrem werden, daß die erschreckte Kulturwelt in dem allgemeinen Doppelwährungssystem den letzten Rettungsanker finden müsse. Über die Methode läßt sich manches sagen. Beiläufig scheint man in Amerika die Dollars, die das dortige Publikum weniger liebt als das Papiergeld, noch weiterhin prägen zu wollen.

Wir werden für die Praxis daran festhalten, daß, wenn die wiederholten, von Amerika und Frankreich aus angeregten Kongresse zur Herstellung einer Welt Doppelwährung, obwohl alle großen Mächte der Anregung wohlwollend entgegenkamen, so ganz ergebnislos verlaufen sind, unüberwindliche Schwierigkeiten vorliegen. Der preußische Finanzminister, Herr von Scholz, hat dafür auch den Grund entdeckt. Er sieht ihn eben in der Vorliebe des Weltmarktes für das Gold, die sich nicht durch Gesetze unterdrücken läßt. Herr von Scholz sagt ganz richtig, es sei mit Ausnahme von England, Portugal und Skandinavien allen Nationen gestattet, wenn nicht besondere Verträge im Wege stehen, auch jetzt noch die internationalen Forderungen in Silber zu bezahlen. Warum thun sie es nicht? „Aus Furcht vor den sehr unangenehmen Folgen im allgemeinen Kredit, in der allgemeinen Wertschätzung ihrer Obligos auf dem Weltmarkte. . . Der natürliche Zwang der allgemeinen Überzeugung ist stärker als ein Vertrag.“ Gewiß, wenn Frankreich oder die deutsche Reichsbank versuchen wollten, ihre Wechsel in Silber zu zahlen, so würde ein Sinken der Kurse die unfehlbare Strafe dafür sein. Ob diese Lage der Sache schön ist, ob die Macht des Börsen- und Großkapitals, die Abhängigkeit des Staates von demselben nicht auch eine beklagenswerte Seite an sich hat, ist jetzt nicht zu erörtern. Aber die Thatsache ist vorhanden, und es ist thöricht, sie zu verkennen. Der Herr Minister hat sich das Verdienst erworben, die Stellung der Regierung, man kann wohl sagen auch die der im Reiche einflussreichsten Männer, klar darzulegen und die Meinung zu entkräften, als hätte die Doppelwährung die besten Aussichten.

Die großen Industriellen vertreten meist bei uns dieselben Ansichten wie der Minister. Sie sind mit der Weltmacht des englischen Handels- und Bank-

wesens wohl bekannt und denken genauer darüber nach, woher die jedesmaligen Schwierigkeiten ihrer wirtschaftlichen Lage entspringen, und wie sie sich aus der Verlegenheit herausziehen sollen.

Die landwirtschaftlichen Kreise dagegen klagen bei uns vielfach die Münzpolitik der deutschen Regierung an, obgleich der Reichstag damals fast einstimmig der Goldwährung zustimmte. Auch die letzte klare Äußerung des preussischen Finanzministers ist in den Organen der sogenannten Agrarier mit Bitterkeit aufgenommen worden. Fast alle Nöte der Landwirtschaft, die in der That nicht zu leugnen sind, sollen nach einigen Agrariern von der Goldwährung, genauer von der Silberentwertung herrühren. Wenn das wahr wäre, so würde man in den Regierungskreisen nichts eiligeres zu thun haben als die Goldwährung zu beseitigen. Denn die landwirtschaftliche Bevölkerung ist so zahlreich, ihr Gedeihen ist dem Ganzen so unentbehrlich, daß sie jedenfalls auf die größte Fürsorge rechnen kann. Aber die Meinung wird eben nicht geteilt, daß die Goldwährung, die an die Stelle der Silberwährung getreten ist — denn Doppelwährung haben wir ja nie gehabt —, die Ursache oder nur eine vermeidbare wichtige Ursache der landwirtschaftlichen Verlegenheiten sei.

Wenn man sagt, die niedrigen Getreidepreise, an denen die Landwirtschaft trotz der Getreidezölle leidet, kämen daher, daß infolge der Entwertung des Silbers zu wenig Geld da sei und dadurch das Geld gegen Waaren seltener, daher wertvoller und gesuchter geworden sei, die Waaren dagegen ebendeshalb billiger, so ist das zwar eine alte Theorie, die sogenannte Quantitätstheorie, aber diese Theorie wird jetzt stark angezweifelt. Und jedenfalls gehört sie nicht hierher, weil die behauptete Thatsache nicht vorhanden ist. Der Geldvorrat ist weder in Deutschland noch in den Nachbarreichen geringer geworden, sondern im Gegentheil gewachsen, und zwar bedeutend. Nach der Angabe eines Gegners unsrer Goldwährung liefen in Deutschland im Jahre 1870 nur 1600 bis 1750 Millionen Mark um, jetzt zwischen 3200 bis 3700 Millionen. Nach der Quantitätstheorie müßte also der Waarenpreis auf das Doppelte gestiegen sein. Was den gesamten Goldvorrat betrifft, dessen Schätzung nach den Goldbeständen in den sämtlichen großen Banken und Schatzämtern immer nur annäherungsweise geschehen kann, so betrug er nach Soetbeer in seinen „Materialien“ von 1876 bis 1884, also in neun aufeinanderfolgenden Jahren, in Millionen Mark: 3500, 3450, 3650, 3700, 4000, 4060, 4250, 4830, 4850. Das ist also ein Wachstum von 100 auf 138. Also auch hier ist die angebliche Thatsache nicht vorhanden.

Auch ist die Quantität des Geldes in den Ländern so ungleich verteilt, daß die verschiedensten Preise in den verschiednen Ländern herrschen müßten, es müßte in dem lateinischen Münzbunde alles dreimal so teuer sein, weil dort dreimal so viel Geld auf den Kopf kommt als bei uns, in Rußland nur ein Drittel mal so teuer; aber bekanntlich ist die Sache anders.

Kurz, mit der leidigen Niedrigkeit der Preise mag es stehen, wie es will, die Goldwährung kommt nicht als Ursache in Betracht.

Das geht auch aus der nähern Betrachtung der Preise und ihrem Schwanken hervor. Denn wenn es sich zeigt, daß selbst in den Getreidepreisen ganz verschiedene Bewegungen vorkommen, und erst recht in den verschiedenen andern Waarenpreisen, so muß es jedenfalls mehrere Ursachen der Preisschwankungen geben, und es kann die Silberentwertung nicht die betäubende Kalamität allein verursacht haben. Über die Geschichte der Preise im großen giebt uns Soetbeer in seinen „Materialien“ höchst dankenswerte Notizen aus London und Hamburg. Wir benutzen sie hier, nehmen aber nicht als Ausgangspunkt 1850, sondern 1870, um die damaligen Preise nach Prozenten mit den heutigen zu vergleichen.

Wir sehen uns zuerst nach den Produkten des Ackerbaues um. Von 1870 bis 1884 gingen die Preise:

| | |
|------------------------|------------------|
| bei Weizen | von 112 auf 100, |
| » Roggen | » 134 » 131, |
| » Hafer | » 136 » 132, |
| » Gerste | » 121 » 129, |
| » Malz | » 120 » 137, |
| » Erbsen | » 132 » 152, |
| » Kartoffeln | » 107 » 104, |
| » Hopfen | » 241 » 383, |
| » Rüböl | » 109 » 87, |
| » Leinöl | » 126 » 89, |
| » Rohzucker | » 103 » 100, |
| » Raffinade | » 116 » 96, |
| » Weizenbrot | » 85 » 85, |
| » Roggenbrot | » 114 » 121. |

In London machten die Engrospreise in derselben Zeit bei Weizen die Bewegung von 52½ zu 32, bei Kartoffeln von 80 zu 70.

Bei Produkten der Viehzucht finden wir in Deutschland etwas andre Veränderungen. Es geht

| | |
|--------------------------------|------------------|
| Ochsenfleisch | von 123 auf 161, |
| Kalbfleisch | » 116 » 183, |
| Lammfleisch | » 109 » 159, |
| Schweinefleisch | » 119 » 129, |
| Milch | » 114 » 171, |
| Butter | » 154 » 195, |
| Eiweisse | » 130 » 141, |
| Fische (getrocknete) | » 159 » 186, |

aber Talg, Schmalz, Kalbfelle, Leder, Thran wird billiger. In England gehen auch bei Fleisch die Preise herunter. Bei Südfrüchten ist der Durchschnitt 118 zu 137, bei Kolonialwaaren 118 zu 120, aber mit großen Unterschieden;

| | |
|----------------------|-----------------------|
| Kaffee | geht von 119 auf 106, |
| Thee | » » 312 » 213, |
| Reis | » » 23 » 18; |
| aber Cacao | » » 112 » 146, |
| Pfeffer | » » 72 » 123. |

Bergwerks- und Hüttenprodukte sind fast alle im Preise heruntergegangen, durchschnittlich von 99 auf 83. Ebenso alle Textilstoffe, wie Baumwolle (214 auf 96), Wolle (95 auf 70) u., durchschnittlich 130 auf 97, also sehr beträchtlich. Wer diese Preisschwankungen betrachtet, wird es absurd finden, sie aus einer einzigen Ursache abzuleiten, insbesondere nicht von der Silberentwertung, welche ja nicht überall die Preise affizieren könnte. Über die zusammenwirkenden Ursachen dieser Erscheinung zu sprechen, ist hier nicht der Ort, wir möchten aber auf die Schrift von Dr. Hans Kleiser, „Preisrückgang und Geldwährung“ (Köln, DuMont-Schauberg, 1885), hinweisen, die diese Frage in ansprechender Weise erörtert hat.

Wir müssen nur noch die besondere agrarische Klage berühren, die sich auf den Getreideimport bezieht. Dieser Import sollte durch die Schutzzölle erschwert werden. Schon bei der ersten Staffel der Getreideschutzzölle befürchtete der Reichskanzler, der Zoll werde nicht imstande sein, eine merkliche Wirkung zu üben, er werde wohl nur die mehr spekulative Hereinziehung des ausländischen Getreides erschweren (L. Hahn, Fürst Bismarck, 3. Bd., S. 667). Das hat sich als richtig erwiesen, und eine zweite Erhöhung der Zölle wurde mit Majorität beschlossen. Die Getreideproduktion ist aber in neuerer Zeit besonders durch Ostindien noch so gestiegen, daß die Lage des Landwirts immer noch sehr wenig erfreulich ist. Wie begreiflich, daß sich der Landwirt auch in Bezug auf die Währungsfrage umsieht, ob sie nicht auch für ihn nachteilig geordnet und wenigstens eine von den Ursachen seiner Bedrängnis sei! Man machte es ihm wahrscheinlich, daß seine Vermutung das Richtige treffe, indem man ihm die Nachbarreiche vor Augen stellte, die bei (schlechter) Papiervaluta ihm als Getreideimporteure so viele Sorgen machen, zunächst Österreich-Ungarn und Rußland. Die allgemeine Regel, die sich dabei scheinbar ergab, sollte sein: „Die Goldrechnung Deutschlands, Englands, Frankreichs u. begünstigt die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte von den Ländern der Silberwährung (und Papierwährung) und schädigt die Ausfuhr der Manufakturen nach denselben.“ Auch hierüber spricht Kleiser mehrfach, sowohl in einer früheren Schrift (Währungs- und Wirtschaftspolitik, S. 61 ff.) als in der schon genannten S. 72. An Beispielen zeigt er, daß die Goldwährung nicht der Sitz des Übels ist. „Der russische Bauer kann 100 Kilogramm Weizen für 8 Rubel nach Odessa liefern. Zu diesem Preise kann der deutsche Händler dort kaufen, weil er für die 8 Rubel (jetzt nicht 24, sondern nur) 16 Mark aufzubringen hat und in Deutschland einen Preis erzielt, der ihm noch einen kleinen Nutzen läßt. Wie wäre es nun,

wenn der deutsche Käufer nicht 16, sondern 24 Mark aufbringen müßte? Wenn die deutsche Mark im Werte so tief sank, daß ihrer 3 für den russischen Rubel bezahlt werden müßten, so wäre die Folge davon bei uns im Inlande eine Steigerung der Preise um die Hälfte, von 2 Mark auf 3 Mark. Der Weizen, den der deutsche Bauer jetzt zu 18 Mark für 100 Kilogramm verkauft, den könnte er später, um nicht schlechter zu fahren, nur zu 27 Mark abgeben. Aus eben demselben Grunde würde der deutsche Händler bei so veränderten Geldverhältnissen mit demselben Nutzen für sich statt der 16 alten Mark jetzt 24 neue in Odessa für den russischen Weizen zahlen und ihn mit Nutzen nach Deutschland einführen können." Also der Import fremden Getreides geht bei schlechterer Valuta ungehemmt weiter. Denn daß bei uns bei schlechterer Valuta die Löhne z. B. der landwirtschaftlichen Arbeiter nicht steigen würden, meint doch wohl niemand. Wenigstens wird es niemand wünschen, der für die soziale Lage der Lohnarbeiter ein Herz hat. Der Herr Minister von Scholz hat wieder Recht, daß, „wenn wir mit Indien dieselbe Währung hätten, bei der Vervollkommnung der Straßen und Eisenbahnen der indische Weizen nach wie vor mit unserm Weizen konkurriren könnte.“ Es wäre daher mit einer Verschlechterung unsers Geldes, sei es durch Vermehrung des Silbers oder Papiergeldes, den Landwirten garnicht oder doch nur so lange gedient, bis die Löhne und die sonstigen Preise entsprechend in die Höhe gegangen wären.

Es ist zu bedauern, daß naheliegende Wünsche und Ansprüche der Getreideproduzenten die Vorstellung geweckt haben, als wäre nicht die Weltkonkurrenz, sondern die Währung Schuld an einem so betrübenden Druck auf die eine Hälfte unsrer Mitbürger. Vielleicht ist aber dieser natürliche Gedankengang noch zu bessern Zielen zu lenken. Es sei wenigstens erlaubt, darüber schließlich einige Andeutungen zu machen.

Einmal ist es keine Abweichung von dem richtigen Gange der Münzpolitik, wenn in wirklichen Notständen, falls es an lohnender Arbeit vorübergehend fehlt, der Staat durch „Darlehnskassenscheine“ nach früherer Praxis in die Dinge eingreift.

Sodann ist es zwar unsinnig, gegen das Kapital im allgemeinen zu eifern; aber das Kapital ist in Börsen u. jetzt so organisiert, daß es die nicht organisierten Kreise der Produzenten, namentlich die der zerstreut wohnenden Landwirte und Grundbesitzer, regelmäßig in den Preisen unterbietet. Es ist eine betrübende Erscheinung, daß die Preise nicht wirklich durch Angebot und Nachfrage reguliert werden, sondern durch die Meinung des jedesmal mächtigsten Kapitalbundes, der in seinen Herabsetzungen des Preises dem Konsumenten scheinbar eine Wohlthat erweist, während er dem Produzenten und den von ihm abhängigen den Ruin bereitet. Wenn die Produzenten dagegen sich nicht zusammenschließen und ihre direkte Verbindung mit den wirklichen Konsumenten kräftigen, so wie es manche Großindustrielle schon thun, auch die Zuckerproduzenten erstreben, so ist

der Kapitalmacht nicht zu begegnen, und der Einzelne ist widerstandslos dem Markte verfallen.

Ferner ist der Steuerreform das regste Interesse fortdauernd zuzuwenden. Lohnende Arbeit, ungeschädigt von Steuerdruck, macht die wachsende Bevölkerung kaufkräftig, und das inländische Konsumtionsgebiet ist so sehr die Hauptsache, besonders bei der Landwirtschaft, daß das Wechselverhältnis der heimischen Industrie und Landwirtschaft immer die wichtigste Sorge für uns bleibt. Die Erleichterung, die dabei möglich wird, geht weit über die untersten Steuerklassen hinaus und kommt den mittlern Bürgerschichten vielleicht am meisten zu gute. Die mehr oder weniger unausgereiften Steuerprojekte zu besprechen, die jetzt der Erörterung anheimgegeben sind, ist hier nicht am Orte. Aber das ist wohl zu hoffen, daß den jetzt schon vorhandenen Staatsindustrien, insbesondre der Post, der Telegraphie und der Eisenbahn, höhere Erträge zum Besten des Ganzen abgewonnen werden. Sie leisten schon jetzt viel, aber das Vorurteil, daß diese Institute eigentlich nur ihre Kosten decken müßten, ist doch noch zu sehr verbreitet. Es ist völlig unrichtig, daß diese Verkehrsanstalten ihre Wohlthaten allen Staatsangehörigen gleichmäßig zuwenden. Sie müssen eine Rente abwerfen, die zur Ausgleichung unnötiger Belastung der untern Schichten, auch zur Aufhebung der Salzsteuer verwendet werden kann. Hierüber hat Professor E. Witte in mehreren Broschüren vieles Beherzigenswerte gesagt. Es ist nicht nötig, daß die Erleichterung der Gemeinden hinsichtlich der Schullasten, die Erhöhung von niedrigen Beamtengehältern und ähnlicher dringender Bedürfnisse auf Anleihen und neue Steuerquellen vertröstet werden. Man könnte recht wohl die bestehenden, oben genannten Einnahmequellen ergiebiger machen. Und um zu unserm Thema zurückzukehren: man sollte die Währungsfrage aus dem Spiele lassen, bis Anzeichen bei unsern Konkurrenten uns raten, das Definitivum bei uns schneller an die Stelle des Provisoriums zu setzen, als es jetzt geboten erscheint. Unsere Reichsbank bietet für diese Beobachtung eine gute Warte, und an guten Beobachtern fehlt es uns nicht.



Die hannoversche Gesellschaft.

2. Nach der Annexion.



avor wir mit dem zweiten Teile unsrer Schilderung beginnen, sei es uns gestattet, einen Irrtum, auf den wir von freundlicher Hand hingewiesen worden sind, zu berichtigen; umsomehr, als es sich dabei um einen Mann handelt, dessen Name weit über die Grenzen seines engeren Vaterlandes, ja weit über Deutschlands und Europas Grenzen hinaus in der ganzen zivilisirten Welt bekannt geworden